

Bezugspreise
für Halle monatlich bei zweimaliger
Zahlung 1.20 Mark, vierteljährlich
3.60 Mark, durch die Post 3.80 Mark
auswärtlich Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Verlags-
stellen angenommen. Um amtlichen
Zeitungsvorgängen unter
Einschaltung eingetragener, für an-
forderung eingegangener Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellenangabe
„Zeitung“ gestattet.
Vertrieb der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Redaktion Nr. 1142,
der Verlags-Redaktion Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die ogepostete Kolonieteil
oder deren Raum mit 30 Pfg. berech-
net und in unseren Anzeigenstellen
und allen Anzeigen-Geschäften ange-
nommen. Beilagen die Seite 1 mit.
Schluss der Anzeigenannahme
vormittags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Gesellschaft und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Str. Brauhausstraße 17.
Halle-Deichstraße Markt Nr. 24.

Nr. 417.

Halle, Donnerstag, den 6. September

1917.

Das Ringen um den Monte Can Gabriele.

Im Gegenstoß über 4000 Italiener gefangen.

Wilson's Gebot.

Man schreibt uns:
Die neueste Melodie, die jetzt von allen reaktionären
Instrumenten erklingt, ist, daß mit der vorliegenden so-
wohlbenannten Umformung unserer Verfassungsverhältnisse
unbedingt aufgehört werden müsse, daß Herr Wilson in seiner
Note an den Papst eine solche Entwertung unserer Verhält-
nisse als Voraussetzung jeglicher Friedensverhandlung ge-
fordert habe. Wie könnte sich ein solches Volk wie das deutsche
eine solche Einmischung in die Ordnung seiner häuslichen
Angelegenheiten gefallen lassen, wie könne es sich die Gefal-
tung der Weltmächten vorzuschreiben lassen, mit denen seine
Friedensunterhändler zu erscheinen haben! Wer jetzt noch
daran denkt, die Bewegung zu unterstützen, die auf eine Ver-
mehrung der Volkskraft und des Einflusses der Volksver-
tretung auf die Leitung unserer Politik hinausgeht, der
arbeite dem Feind in die Hände und untergrabe das Ansehen
und die Ehre der deutschen Nation.

Man kann mit Genugtuung feststellen, daß in liberalen
Kreisen sich wenig Geneigtheit gezeigt hat, auf die Fiktion-
en der reaktionären Kattengänger hineinzufallen. Man
hat glücklicherweise verstanden zu unterscheiden, wie die
Dinge sind und wie sie nicht sind. Mit Recht ist auch in der
liberalen Presse die unerhörte Dreifaltigkeit der Sprache
zurückgewiesen worden. Man hat sich erwidert, daß
trotz aller inneren Streitigkeiten und trotz der noch nicht aus-
geglichenen Gegensätze in der Frage der Parlamentarisierung
keine Darstellung des Verhältnisses zwischen Volk und Re-
gierung im Wege völlig falsch ist. So liegen die Verhält-
nisse nicht, daß irgend jemand in Deutschland geneigt wäre,
sich die an den Haaren herbeigezogene Argumentation
Wilson's zu eigen zu machen, als sei der Krieg von einer welt-
herrschaftlichen Militärspartei dem deutschen Volke wider
seinen Willen aufgezwungen und als lauge dieses Volk unter
dem Druck dieser Partei. Es ist Herrn Wilson mit Recht ge-
sagt worden, daß Regierung und Volk, und zwar alle
Schichten des Volkes, einzig in der Ueberzeugung sind, daß
wir diesen Krieg als einen Verteidigungskrieg führen
gegenüber einem Angriff, über dessen Vorgehänge die
Petersonburger Gerichtsverhandlung eben erst feierlichen Auf-
schluß gegeben hat. Man hat darum Herrn Wilson mit Recht
erwidert, daß der Kampf um die Erweiterung der Parla-
mentarisierung, der bei uns geführt wird, sehr weit von dem
Gehalten eines Unsturzes, wenn man ihn unterstützen möchte,
entfernt ist. Es handelt sich für den deutschen Liberalismus
darum, die Konsequenzen aus den Entwürfen zu ziehen,
die durch die Ergebnisse des Krieges zur letzten Vollendung
gebracht worden sind, die Forderungen zu erfüllen, die reif und
überreif geworden, und er denkt nicht daran, daß was aus
dem inneren Bedürfnis des deutschen Volkes heraus zur Not-
wendigkeit geworden, dem Feinde zuliebe und auf des Feindes
Gebot hin zu fordern und zu erfüllen.

Aber er weiß, daß seine Arbeit auch durch die Dazwischen-
kunft der feindlichen Forderung nicht erschweren und nicht
verderben lassen. Und wiederum tut er gut daran, die Forder-
ung, ehe er daraus die uneren Reaktionen erwünschten
Folgerungen zieht, erst einmal auf ihre Ehrlichkeit zu
untersuchen. Herr Wilson ist durch seinen früheren
Botschafter Gerard, so wenig freundlich dieser uns gefant ist,
doch sehr zureichend darüber unterrichtet, daß die Kriegs-
politik und die Kriegführung Deutschlands, gegen die er mit
so maßlosen Vorwürfen zu Felde zieht, von der ganzen Nation
unterstützt wird und daß die beteiligten Verbündungen
der Barbarei, die vier Fünftel der Welt zu unseren Feinden
gemacht haben, von der ganzen Nation als untragliche Un-
bill empfunden werden. Er dürfte ebenso darüber unter-
richtet sein, wie es mit dem Streik um die Fortbildung der
Verfassung in Wirklichkeit steht. Wir glauben nicht recht an
das Märchen von der furchtbaren Unwilligkeit des Volkes
über alles, was sich außerhalb der angelsächsischen Welt zu-
trägt. Wir denken an die Wägfähigkeit, daß hinter seinem
Gebote sich ein ganz anderer Hintergedanke verbirgt. Herr
Wilson stellt eine Bedingung für Friedensver-
handlungen auf, deren Erfüllung, wie er weiß, durch-
aus nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegt.
Während er um dieser einen Bedingung willen die
wichtigen Friedensnote ablehnt, führt er keine weiteren
Gründe an, die ihn von der Auffassung des Papstes trennen.
Ja, er spielt auf manches an, was auf eine ungleiche Ueber-
sichtnahme zwischen ihm und dem neuen Friedens-
mittler hindeutet, und er scheint sich auch nicht, Gegenstände
seiner Stellungnahme zu dem Programm der Entente, das
den Amerikanern und Westeuropäern proklamiert, zu unter-
streichen. Herr Wilson will heute noch seinen Frieden,
einsach weil die Entente noch weiter kämpfen will und die Hoff-
nung auf große Erfolge auf den Schlachtfeldern nicht aufgibt.
Soll Herr Wilson es auch für nötig, seinen Verbündeten in
dieser Richtung entgegenzukommen, so sieht er doch nicht
leicht die Zeit nahe, wo der Mißerfolg der großen Gewalt-
thaten diese Politik für nutzlos machen kann. Und schließlich
ist es dabei, so mag er sich fragen, die internationalen Ent-
wicklungen in Deutschland so weit vorgeschritten, daß man sagen

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. Wien, 5. Sept. Amtlich wird verlautbart:
Der Kaiserliche Kriegshauplatz
Im Bereiche der österreichisch-ungarischen Streitkräfte
keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegshauplatz
Der 19. Tag der 11. Jomjo-Schlacht war von schweren,
blutigen Kämpfen erfüllt. Bei Mondenei Kämpfen unsere
Sturmtruppen im Vorgehen auf einen tiegeliebten italie-
nischen Angriff und geboten ihm Halt. Die weitere An-
griffe wurden abgelehnt.

Der Monte Can Gabriele steht seit gestern früh
erneut im Mittelpunkt eines zu größerer Heftigkeit ge-
steigerten Ringens. Der Feind rückte immer
wieder gegen den Bergspitel an, der wiederholt in seine
Hände fiel, um kurz darauf von unserer rühmlichen Infan-
terie zurückerobert zu werden. Der auf beiden Seiten
mit größter Zähigkeit geführte Kampf dauerte bis zur
Stunde in unermüdlicher Stärke an.

Bei Görz machte der Italiener einige vergebliche
Versuche.

Ein bei Selo und Medazza zur Stellungsberich-
tigung eingeleitetes Unternehmen unserer Truppen löste auf
der ganzen Karstfront die heftige Zusammenstoße aus. Viele
Kämpfe, die in der Stadt einen Privatstaden verzeichneten.
Ein kleines Strohhalm außerhalb der Stadt geriet in Brand.
Militärische Objekte erlitten geringfügigen Beschaden. Es
sind keine Menschenverluste zu beklagen.

Die Gesamtzahl der seit Beginn der Schlacht einge-
brachten Gefangenen beläuft sich auf 15 000 Mann.
Trotz wieder abwechselnd von italienischen Fliegern
angegriffen.

Der Chef des Generalstabes.

Erklärung zur See.

Ja der Raub von 3. auf den 4. September belegte eine
große Anzahl feindliche Flugzeuge mit etwa hundert
Bomben, die in der Stadt einen Privatstaden verzeichneten.
Ein kleines Strohhalm außerhalb der Stadt geriet in Brand.
Militärische Objekte erlitten geringfügigen Beschaden. Es
sind keine Menschenverluste zu beklagen.

Flottenkommando.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. Berlin, 5. September, abends. (Amtlich.)
Kriegsereignisse in Frankreich und vor Verdun.
Militärischer Gegenangriff auf Verdun erfolgreich.
Nachrückung und Mitte der russischen 12. Armee ist im
südlichen Richtung.

Letzte Depeschen.

Wieder ein freudiges Ereignis im Kronprinzengau.

WTB. Berlin, 5. September. Die Kronprinzessin ist
2 Uhr 15 Minuten von einer Prinzessin glücklich entbunden
worden. Die Kronprinzessin und die Prinzessin befinden
sich wohl.

Das zweite Kriegskind der Kronprinzessin Cecile!
Wie noch erinnert, hat die Kronprinzessin bei Geburt
ihres ersten Kriegskindes eine Kriegskinderpuppe ins Leben
gerufen. Das Kronprinzengau ist nunmehr mit sechs Kin-
dern gesegnet.

Der russischen Front droht Auflösung!

c. B. Bern, 5. Sept. Die „Times“ melden aus Peters-
burg: General Kornilow richtete auf neue einen drin-
genden Ruf an die Regierung, sofort die von ihm empfoh-
lenen Reform-Maßnahmen einzuführen, da die russische
Front von der Auflösung bedroht sei.

Entscheidende Lage in der Moldau.

WTB. Bern, 4. Sept. Der Sonderberichterstatter der
„Neuen Zürcher Zeitung“ in Jassy schreibt, die Lage in der
vom Kriege noch nicht betroffenen Randteilen sei ent-
scheidend. Die wiederholt vorformierten Fälle von Meuterei und
Zahnschlacht russischer Soldaten wirken äußerst beklammend
und demoralisierend. Die Bevölkerung hungere und habe
keines Interesse an Gänge der Kriegereignisse verloren, da
sie sich von den russischen Soldaten immer mehr verlassen
und durch die Not bedrückt fühlen. Die rumänischen Parla-
mentarier seien geneigt, das russische Volk aus die breite
Defensivfront über die Buge in der Moldau zurückzuführen
aufzugeben, damit sich die russische Regierung der rumänischen
Seite zugewende.
(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

kann, der geordnete „beweisträchtige Ausdruck des Willens
und der Abicht des deutschen Volkes“ liegen nunmehr
tatsächlich vor.

Würde solche Wandlung bei dem Staatsmann, der schon
ganz andere logische Sprünge im Verlauf dieses Krieges ge-
tan hat, überflüssig sein? Man mühte schon an der Loyalität
festhalten, daß der amerikanische Präsident die Mitte seines
Volkes in Millionenheeren zur Vermählung des deutschen
Militarismus übers Meer schicken will, um zu glauben, daß
seiner Politik jegliche Friedensbestrebungen fern liegen. Man
kann seine Note auch anders aufassen. Jedenfalls bietet sie
keinen Grund, auf dem Wege, den die Mehrheit der deutschen
Volksvertretung nun mit Erfolg befolgt, Halt zu machen
oder umzulegen, damit man in die „Sümpfen“, die einen
wirklichen Verständigungsfrieden sicherer werden, nicht
vorhanden sind. Nach einem solchen Zustand können doch
nur die Frieden, denen der Gebante des Verständigungs-
friedens selbst ein Greuel ist.

Wir sehen die Motive in Wilson's Handeln in anderem
Lichte, wie wir in früheren Artikeln ausgeführt, immerhin
ist es möglich, daß Wilson später einmal, wenn seine Pläne
miflingen, die Situation in ähnlicher Weise zu beuge-
vermögen.

Keine zweite Papstnote.

c. B. Auguste, 4. September. Die „Post“ berichtet,
daß die Absicht englischer Blätter, der Papst bereite eine
zweite Friedensnote vor, vollkommen erfinden ist. Ebenfalls
erfinden ist die Absicht des „Journal de Genève“, daß der
Papst die letzte Note ohne Verständigung der Kardinals
versteht und abgelehnt hat.

Russland.

Die holländische Presse zur Einnahme Rigas.

T. U. Amsterdam, 4. Sept. Der „Nieuwe Courant“
schreibt: „Eine große Welle sieht man in Petersburg aus dem
Westen aufsteigen. Die warmen Stimmen, welche so
kräftig auf die Gefahr hinweisen, in der Richtung nach
Abwärts, sind augenblicklich nicht imstande gewesen, das Unheil
abzuwenden.“ Das Blatt erinnert an die letzten Kämpfe im
Januar dieses Jahres und schreibt dazu: „Es mühten acht
Monate vergehen, ehe dieser Frontabschnitt von neuem im
Zeichen des Interesses stehen konnte. Nun sind die Rollen
vertauscht und die Deutschen haben sich mit der ihnen so
eigenen und überraschend kommenden Energie in dem Besitz
der Hafenstadt im Golf von Riga gesetzt. Mit großem Inter-
esse wird überall der weiteren Entwidlung dieser Offenbar-
entgegengefahren werden.“

Die holländische Presse zur Einnahme Rigas.

WTB. Stockholm, 4. Sept. Die Einnahme von Riga er-
regt in der holländischen Presse großes Aufsehen. Die führen-
den Blätter behandeln des Ereignis in eingehenden Be-
richtern. — „Sonesta Dagbladet“ meint, jetzt sei die Frage,
ob dieser gelungene deutsche Vorstoß ein Einzelunternehmen
oder die Entfaltung zu einer großen Aktion gegen Peters-
burg sei. — „Dagens Nyheter“ sagt, es ist nicht anzunehmen,
daß die russische Heeresleitung ohne die wichtigsten Punkte
wie Riga aufgegeben habe und meint weiter, es sei eigentümlich
zufällig, daß die Nachricht von dem Falle Rigas am selben
Tage eintraf wie die Mitteilung, daß Kerenski's Regierung
offiziell das Verprechen des Jaren, keinen Sonderfrieden zu
schließen, bekräftigt habe. Sollte sich zeigen, daß der gleiche
Kerenski'schen gegen die Fortsetzung des Krieges auch ander-
weitig in der russischen Armee herrsche, so dürfte das einen
harten Druck in der Richtung des allgemeinen Friedens aus-
üben, zumal man es mit einem Deutschland zu tun habe, das
sich schon zu einem Frieden auf Grund gegenseitiger Verbin-
dungen ohne Amerikanern und Schwabens und für eine zu-
kunftige Rechtsordnung zwischen den Staaten bereit erklärte.

Die Diplomaten verlassen Petersburg.

Stockholm, 5. Sept. Die von der provisorischen Regie-
rung beschlossene teilweise Räumung der russischen Haupt-
stadt, die fernereit aus politischen Gründen angeordnet
wurde, wird jetzt in Anbetracht der militärischen Lage be-
stimmend und erweitert. Nach einer Meldung der „Inwestia“
werden nicht nur die Schulen und Verwaltungswege aus der
Hauptstadt entfernt, sondern auch die diplomatischen Vertret-
ungen werden ins Innere des Landes, voraussichtlich nach
Moskau, überführt. Das Blatt behauptet, daß die eng-
lische, französische, italienische und amerikanische Botschaft
sich in den nächsten Tagen nach Moskau verlegt würden,
wofür auch die Gesandten Serbiens, Rumaniens, Montenegro
und Belgien folgen würden.

Die Lebensmittelkrise in Italien.

T. U. Lugano, 5. September. Die Lebensmittelkrise in Italien verschärfte sich. Die „Deo Nazionale“ geißelt die Schwäche der Regierung, die außer Stande sei, die ruhmreichen Taten des Heeres durch eine fluge innere Ernährungs politik zu ergänzen. Was in Turin geschah, lieft derart, daß man sich nichts darüber schreiben dürfe. Die Amts- einweisung des Reichsministers hier zu dem, was sorgig in seinem Verhältnis. Die „Deo Nazionale“ auch „Popolo d'Italia“ und andere Kriegsergeben verlangen den Rücktritt des bei der Rechtsparlei ohnehin schief ange- schriebenen Ministers des Innern Orlando, der denn bereits auch aus Gesundheitsgründen einen Urlaub angetreten hat. Dem „Corriere della Sera“ zufolge erhalte auch der Minister- rat die Notwendigkeit einer besseren Volksernährung an, sonst wäre der Kriegswiderstand und die Disziplin des Volkes ernstlich gefährdet. Wahrscheinlich würde, da diese Fragen bei dem nahenden Winter doppelt schwerwiegend seien, die Kammer wieder Genehmigungen abgeben.

Ein Presseschef des Reichskanzlers.

Man schreibt uns: In unmittelbarem Anschluß an den Umbau der Reichs- zentralbehörden und an „die Berufung von Parlamen- taren und anderen Männern des öffentlichen Lebens an führende Stellen der Reichs- und Landesverwaltung“ soll auch an einem anderen bisher vernachlässigten Gebiete eine „Reorientierung“ erfolgen: auf dem Gebiete der „Presse- politik“ — oder vielmehr dessen, was man bisher bei uns in Deutschland so zu nennen pflegte. Es gilt, die bisher nur in schwachen Ansätzen vorhandene Fühlung zwischen den Zentralstellen des Reichs einer, und der deutschen Presse, ihren Organen und Berufsvertretern andererseits, teils neu zu schaffen, teils in feste organische Formen zu bringen und damit zugleich der Zersplitterung des amtlichen Nach- richtendienstes ein Ende zu machen, die der Krieg mit sich gebracht hat. Das Bedürfnis, „auf dem unerschöpfbar rich- tigen Instrument der Presse spielen zu lernen“ und mit seiner Hilfe die öffentliche Meinung nicht nur über die Maßnahmen, sondern auch über die Beweggründe, die ihnen zu Grunde liegenden Notwendigkeiten usw., klarer und ein- gehender als bislang zu unterrichten, hatte nicht nur bei den einzelnen Reichsämtern, sondern auch bei den verschiedenen nachgeordneten Kriegs- Zentralstellen und Kriegsgesell- schaften zur Bildung von Presse- und Nachrichtenstellen ge- führt, die neben- und zum Teil auch wohl gegeneinander arbeiteten und eine Ueberflutung der Presse mit Material Respektlos und Abteilungsleiter mit einer Anzahl fähren- der Pressevertreter pflegten, um einander gegenseitig über Absichten, Beweggründe und Entimmungen auf dem Laufenden zu halten, konnte keinen Erfolg für eine systematische, organisierte Zusammenarbeit zwischen Behörden und Presse bringen.

Unter dem Mangel an solcher Zusammenarbeit litten beide Teile. Die Behörden mußten nur allzu häufig sehen, wie die öffentliche Erörterung von ihnen verantworteter Fragen sich auf Bahnen bewegte, die von der Presse bei ge- nauerer Kenntnis der Voraussetzungen und Zusammenhänge nicht betreten worden wären. Die Presse ihrerseits mußte ihre positive wie ihre kritische Tätigkeit auf unvollständigen, wenn nicht völlig unrichtigen Grundlagen ent- falten. Am meisten aber litt das Gemeinwohl durch die Störung und Trübung der unentbehrlichen Wechselwirkung zwischen öffentlicher Meinung und Regierung, ganz abge- sehen davon, daß auch im Ausland die Beurteilung deutscher Dinge dadurch vielfach in schiefe und falsche Richtung ge- lenkt wurde.

Jetzt ist von der Reichsleitung eine feste und einheit- liche Organisation des amtlichen Presstdienstes, d. h. des Verkehrs zwischen Behörden und Presse geplant, wobei freilich die kriegsmäßigen Einrichtungen nur teilweise und be- dingt dem künftigen Aufbau des reichsmittigen Pres- dienstes eingeleitet werden können und sollen. An die Spitze dieses Presstdienstes wird, nach den bisherigen Absichten, ein Presseschef des Reichskanzlers treten, der seinen Sitz in der Reichskanzlei haben und die bei den einzelnen Reichs- ämtern einzurichtenden Pressestellen mit den Anweisungen des Reichskanzlers zu versehen, je insbesondere auf die Ein- heitlichkeit ihrer Pressepolitik, zu überwachen, aber einen selbständigen, nach außen wirkenden Dienst für die Presse nicht auszuführen haben wird. Wie es nur eine, einheitliche Reichs- politik gibt, für die einzig und allein der Reichskanzler die verantwortungsmäßige Verantwortung trägt, so kann es folgerichtig nur eine Pressepolitik geben, die die Maßnahmen und Anträge dieser Pressepolitik der Öffentlichkeit vermit- telt und bekannt macht. Dieser „Presseschef des Reichs- kanzlers“ wird demgemäß den amtlichen Pressestellen ober- ständiger Direktoren geben, die in erster Linie beim Auswahlsamt, beim Reichsamt des Innern, beim Reichswirtschaftsamt und beim Reichsstaatsamt eingerichtet bzw. ausgebaut und mit den nötigen Kräften und techni- schen Hilfsmitteln ausgerüstet werden sollen und deren Arbeitsfeld im übrigen von der Größe des Tätigkeitskreises des betreffenden Amtes und seiner Bedeutung für die Öffentlichkeit abhängig sein wird. Die neuen Pressestellen sollen in enger Fühlung mit den Leitern der Ämter und der einzelnen Abteilungen sowie den Sachreferenten die Presse in aller erreichbarer Vollständigkeit über die für einen größeren Kreis bedeutsamster Arbeiten und Maßnahmen der betreffenden Zentralbehörde unterrichten und ihr das Material zur Vertretung und Beurteilung dieser Maßnahmen usw. zugänglich machen, und zwar — das dies soll der erste und oberste Grundsatz sein — fern von jeder „Beurteilung“, unter absoluter Wahrung der Selbstständigkeit des Leiters der Presse, an dem ja letzten Endes die Behörde selbst, als einzige aber doch wichtigste Kontrolle, das letztbaltige Inter- esse hat. Ebenso wichtig soll der Presse irgend etwas geboten oder gar aufgetragen werden, was sie sich aus Eigenem zu verschaffen vermag, und keinesfalls die Arbeit des Schrift- leiters oder des freien Mitarbeiters überflüssig gemacht werden, die neben der Selbstständigkeit auf die Mütter, die Zukunft und das Ansehen der Presse gewährleisten.

Daneben wird insbesondere dem „Presseschef des Reichs- kanzlers“ noch eine Reihe weiterer Aufgaben gestellt sein: er soll jede Art presselastischer Korrespondenzverhältnisse — im Interesse des Reichskanzlers nicht nur, sondern auch im allgemeinen Staatsinteresse und schließlich im Interesse der Presse selbst — er soll daneben auch die zu- nächstliegende Instanz bilden, die sich mit den allgemeinen Bedürf- nissen und Interessen der Presse und ihrer Berufsangehörigen

amtlich zu beschäftigen und gegebenenfalls für sie einzutreten hat. Die öffentliche und lautiiche Bedeutung der Presse wird im neuen Deutschland, dem Deutschland der Welt- politik und des inneren Aufbaus noch weit größer sein als bisher. Der Presseschef des Reichskanzlers wird deshalb auch auf dem Gebiet der Ueberwachung, Wahrung und Förderung der allgemeinen Interessenreiche und dankbare Arbeit finden.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Vom Klempnergejellen zum Leutnant.

München, 5. Sept. Der im geistigen Heresberdichte wieder erwachte Kampfflieger Leutnant Max Müller er- kamnt aus Niederbayern und war früher Klempnergejelle. Er trat vor 10 Jahren als Rekrut beim ersten Infanterie- Regiment König ein und ist beim Kriegsausbruch wieder eingedrückt, zur Fliegertruppe übergegangen, zum Offizier- stellvertreter ernannt und jetzt wegen hervorragender Tapfer- keit vor dem Feinde vom König von Bayern zum aktiven Offizier im Fliegerbataillon befördert worden. Es ist dies während dieses Krieges der erste Fall in der bayerischen Armee, daß ein Soldat mit einfacher Schulbildung bis zum aktiven Offizier vorgerückt ist. Das Verdienstblatt des Kriegsministeriums hebt in einem eigenen Abschnitt die selbste Beförderung hervor. Sie ist auf Verlangen des Kom- mandeurs der Luftstreitkräfte Generalleutnant Spöpper er- folgt, nachdem das Fliegerkorps des Fliegerbataillons den vorbildlich tapferen und fähigen Kameraden, der sich wegen seines lauterer Charakters allgemeiner Sympathien erfreut, einstimmig zum Offizier gewählt hat. Als Rekrut war er schon im ersten Jahre zum Unteroffizier befördert worden.

WTB. Berlin, 4. September. Der Obden Jour le- mérite für den Kampffliegerleutnant Max Müller. Der be- rühmte Kampffliegerleutnant Max Müller, der erst vor kurzem anlässlich des 27. Lufttages vom Offizier- stellvertreter zum Offizier befördert wurde, hat den Obden Jour le- mérite erhalten. Leutnant Müller ist aus dem Mann- schaftstande hervorgegangen und hat vor zehn Jahren bei einem bayerischen Infanterie-Regiment gedient. Er ist bei Kriegsausbruch wieder eingetreten und somit der erste aktive aus dem Mannschafstande hervorgegangene Soldat, der die hohe Auszeichnung des Obden Jour le mérite erlangen konnte.

Generalstreik in San Francisco.

New York Times melden: Eine Versammlung der Wert-, Bau- und Transportarbeiter in San Francisco, an der Delegierte aus sämtlichen Häfen der Westküste teil- nahmen, einigte sich für die Erklärung eines Generalstreiks. Die Arbeiter fordern eine Lohnsteigerung von 40 Prozent, Kürzung der Arbeitszeit und Schonung vor den militä- rischen Anordnungen und Aushebungen. Die Wert- und Hafenarbeiter in San Francisco legten darauf die Arbeit nieder, so daß der gesamte Wert- und Hafenbetrieb ins- Stoden geriet.

Diebstähle von Heeresgütern.

WTB. Berlin, 5. September. In einer größeren Anzahl deutscher Städte sind in letzter Zeit die älteren vertrieben Diebstähle von Heeresgütern zu sühnen. Eine Anzahl solcher Fälle sind schon aufgeklärt. Die Täter haben sich nur vor den Gerichten zu verantworten und empfindliche Strafen zu verbüßen. Für solche Verbrecher, die in der sühnen Heimat ihre im Kampfe liegenden Kameraden bestehlen, gibt es mit Recht keine Milde. Bekanntlich haben die Täter, da es sich fast durchweg um Transport- und Bandendiebstähle han- delt, bis zu 10 Jahre Zuchthaus zu erwarten. Das möge jeder bedenken, der solchen Versuchungen ausgeheht.

Deutsches Reich.

Abg. v. Heydenbrand zur politischen Lage.

In Militärisch durch eine Volksernährung statt, die vom Konventionen Wahlverein für den Kreis Militärisch einbe- zogen war. In dieser ergriff Reichs- und Landtagsabge- ordneter von Heydenbrand das Wort zu einer kurzen An- sprache, in der er nach der „Schlesischen Zeitung“ u. a. aus- sprach:

„Zwei Dinge sind es, die das Herz jeden guten Deut- schen tief berühren. Einmal, wie kann man angehtigt der gewaltigen Kämpfe im Westen und Osten, der un- beschreiblichen Heldentaten unserer inorgelischen Trup- pen in der Heimat einen schwächlichen Frieden fordern. Wir werden den Frieden haben, den uns unsere tapferen Truppen erringen. (Längster Beifall.) Ferner, wie kann man in einer gewissen Erregtheit in der Zeit der höchsten Not des Vaterlandes immer wieder inter- politische Forderungen an die Regierung stellen, wo doch die gemeinsame Not gemeinsames Handeln verlangt. Wie lange noch soll dieses Treiben währen, und muß es so sein? Gewiß wünschen wir alle den Frieden, und wenn wir Deutsche über ihn allein zu entscheiden hätten, würden wir ihn bald haben. Aber der Friedensschluß ist von unseren Gegnern abhängig, die uns vernichten wollen, und die auf Grund der Berliner Vorgänge noch immer hoffen, das Deutsche Reich würde jetzt zusammenbrechen. Wenn der von der konservativen Partei längst geforderte Unterjochungskrieg bereits vor Jahresfrist begonnen hätte, vielleicht hätten wir dann schon Frieden. Die übermensch- lichen Taten unserer Truppen und der U-Boot-Krieg werden ihn uns aber doch bringen; nicht weil wir Land er- obern wollen, sondern weil wir unsere unangreifbaren Grenzen nicht behalten dürfen. Die Gefahr, die unsere schlesische Heimat im November 1914 bedrohten, über- zeugen doch jeden Schiefer, daß 3. unsere Diktatur nicht so wehrlos bleiben darf, wie sie bisher war. Was aus uns geworden wäre, wenn uns Hindenburg nicht gerettet hätte, können wir in Diktaturen erfahren oder auch im Westen, wo die Franzosen gegen unsere Leute viel schlimmer ge- handelt haben als die Russen. Ob wir aber immer einen Hindenburg haben werden, wissen wir nicht. Die Verhält- nisse legen uns manche Not auf, die wir nicht vermeiden können. So hätte Deutschland wohl für sich Kohlen ge- nug, aber wir müssen auch für unsere Bundesgenossen und für die Neutralen sorgen; denn wir haben genug Feinde und dürfen nicht noch mehr Staaten dem Druck unserer Feinde erliegen lassen.“

Was Herr v. Heydenbrand Erpreparatist nennt, das hat in Wirklichkeit die konservative Partei Jahrzehnte lang ge-

trieben. Wir erinnern an das berühmte Wort „Dine Ranzig keine Ränne“ und wir erinnern daran, daß Herr v. Heydenbrand im Wahlkampf es offen ausgesprochen, daß wenn die Regierung nicht tue, was er wollte, er — als Landtags- präsident — der Regierung wichtige Vorlagen so lange nicht auf die Tagesordnung lege, bis die Regierung sich seinem Willen beuge. Im übrigen müssen wir einmal darauf hin- weisen, daß die politische Neuordnung von der Regierung selbst seit langem als notwendig begehrt ist, ist doch wohl klar, daß der Zeitpunkt ihrer Durchführung noch kritisch liegt, nach- dem die Regierung und die Krone in den Kaiserlichen Ge- schäften die Richtlinien ausgeben und im Hinblick ausgenommen, die die Entscheidung, Technische Bestreitigkeiten (absolut) zu entscheiden.

Halle und Umgebung.

Halle des 6. September 1917.

Technische Bestreitigkeiten (Tebelien).

Die Maschinenangelegenheiten sind am 1. September 1917 ab in militärische Dienststellen der Kriegsamtstelle umgewandelt und fallen der Kriegsmacht, Technische Bestreitigkeiten (absolut) zu entscheiden.

Von den bisher im Reich des IV. Armeekorps tätigen Maschinenangelegenheiten Magdeburg, Halle a. S., Bernburg und Leipzig II sind die beiden letzteren aufgelöst; das bisher von diesen bearbeitete Gebiet wird den Maschinenangelegenheiten Magdeburg und Halle angeschlossen.

Die Technische Bestreitigkeiten Magdeburg ist für den Re- gierungsbezirk Magdeburg und das Herzogtum Anhalt zuständig. Ihre Diensträume befinden sich im Hause Ullmannstraße 29 und sind telephonisch durch den Anschluß der Kriegsamtstelle Magdeburg Nr. 784/40 zu erreichen.

Das von der Technischen Bestreitigkeiten Halle a. S. zu bearbeitende Gebiet umfasst den Regierungs- bezirk Merseburg und das Herzogtum Sachsen-Meiningen. Der Sitz ist Halle a. S., Kurallee 11, Fernsprecher 6448.

Der IV. Kommande Bestreitigkeiten hat Personalvermittlung am Donnerstag den 23. September, abends 5 1/2 Uhr im Hotel „Hofes Hof“. Die Tagesordnung lautet: 1. Befragung über die künftige Verlegung der hällischen Bürgerhalle mit Aoblen und Licht. 2. Kartoffelverlosungstraße. 3. Kommuneala Troben. Gäste, auch Damen sind herzlich willkommen.

Bei Anwesenheit von Reichsamt ist in allen Fällen: Jedes Geschäft muß die anzuwendende gesetzlich bestellte Anzahl der Zeilen (Name, Wohnort, Wohnort) sowie den Namen der Aufgäbe und Bestimmungsorte tragen. Nicht gehörig ge- kennzeichnetes Gepäck ist daher zurückzugeben, wenn der Reisende nicht nachträglich einen ihm schriftlich zu überlassenden General- abschnitt vorzulegen kann, worin angegeben ist, an dem Ge- richt anzufragen, ob die Angelegenheit von dem Dienst- stellen zum Verlauf nach Bedarf vorläufig zu halten.

Personalia. Der Charakter als Professor ist verliehen worden: Dr. Hermann Kämpfe am Realgymnasium in Eisenburg, Friedrich Beder am Realgymnasium in Kaumburg a. S., Dr. Theodor Eitner an der Oberrealschule in Erfurt, Franz Sie- bert an Städtgymnasium in Zell, Dr. Gultak Engel an der Realschule in Magdeburg, Dr. Richard Zenneck an der Ober- realschule in Eisenburg, Arnold Böncke an Städtgymnasium Kloster Unser Lieben Frauen in Magdeburg, Dr. Wilhelm Fehle an Städtgymnasium in Bura, Dr. Wilhelm Schill an Städtgymnasium in Halle, Dr. Georg Wedding am Domgymnasium in Merseburg, Bernhard Schöne an der Oberrealschule in Eisenburg, Karl Schöne an der Oberrealschule in Eisenburg, Kurt Sänger an der Oberrealschule in Zell, Kurt Griesentrog am Gymnasium in Erfurt, Friedrich Borchert am Domgymnasium in Magdeburg, Dr. Ernst Kleinfeld an der Realschule in Magdeburg und Dr. Karl Köppe an der Realschule in Magdeburg.

Kirchliche Nachrichten.

Domkirche. Freitag abends 8 Uhr Kriegsebstunde, Domprediger Lic. Baumann.

Provinzial-Nachrichten.

Merseburg, 5. Sept. (Kriegssteuerungsassalagen der künftigen Beamten.) Für die bei künftigen Kriegssteuerungsassalagen hat der Magistrat folgende Sätze festgelegt: Die beiden halbdolben Magistratsmit- glieder (1. und 2. Bürgermeister) zusammen mit dem Gemein- schaftlichen, den beiden Oberleitern und dem Leiter des Reichs- Finanzamtes bilden eine Sektion mit einem Grundbesitz von 720 Mark; der Direktor des öffentlichen Nahrungsmitteleamtes, Stadtbaumeister, Betriebsleiter des Gaswerks und der künftige Leiter der Licht- Sparkasse eine Sektion mit einem Grundbesitz von 630 Mark. Die mittleren Beamten werden mit einem Grund- besitz von 450 Mark befristet, die hällischen Oberbeamten mit einem Besitz von 300 Mark. Die Grundbesitz finden zur An- wendung auf die künftigen angehenden Beamten und höheren Leh- rernstellen. Die Volksschullehrer sind ausgeschlossen. Diese Wohnanordnungen erfordern eine Summe von rund 42 000 Mark. Da es sich um eine Kriegssteuerungsassalagen handelt, werden die Ausgaben von der künftigen Kriegskasse zu bezahlen sein.

X. Erfurt, 5. Sept. (Einheitliche Verwaltung in Thüringen.) Der Landesauschuss der Nationalverbände Thüringens, der am Sonntag in Erfurt tagte, hat einen hoch- wichtigen Entschluß gefasst, indem er sich für eine Vereinheit- lichung als Vorbereiter für eine organische Zusammenfassung der Thüringischen Staaten in Geselektions und Verwaltung für eine Thüringische Volksernährung ausgesprochen. In der Be- gründung führte der Antragsteller, Dr. Siegfried (Sachsen) aus, daß die in der Geselektions stehenden Länder geographisch, historisch und wirtschaftlich ein Ganzes bilden. Für einen organi- schen Zusammenfassung ist die Zeit noch nicht reif, doch können die erforderlichen Vorarbeiten begonnen werden. Für die Verein- lichung der Verwaltung kommen als Hauptstützen die Kirche und Schule, Post, Polizei- und Justiz, Steuererhebung und Wahrung. Der Oberbau bildet das das Thüringische Parla- ment. Die Vereinheitlichung führt zu einer vorwärtigeren Organisation, zu einer Erhaltung von Arbeitskräften, von Zeit, Nerven und Geld und damit zu einer Kräftigung. In der Begründung wurde dem Antrag allseitig zustimmend.

Halbesstadt, 4. Sept. (Einen freies Schwimmbad) würde eine feingeleitete Fremde, die als sühnen Blondine beschreiben wird. Sie tauchte in einer hiesigen Ranzig und Handlungsbüro einer prächtigen Blumenstrauß und brachte es fertig, ihn nicht nur nicht zu begreifen, sondern den Gürtel- bereiber auch noch um 8 Mark anzupumpen. Diese ge- nügte ihr jedoch nicht und sie verließ sie noch ein junges Mädchen, die Tochter eines hiesigen Selbstbesitzers, den Strauß zu einer bekannten Familie zu tragen, wo sie an- sichtlich 20 Mark dafür erhalten würde. Es freute, auf so leichte Weise 20 Mark zu verdienen, wollte das junge Mädchen auch nicht mitbringen, als die „seine Dame“ ihren wertvollen Ring als Pfand hatte verpfändet, daß der

